

# Klimapaket: Das reicht nicht! – Lippe-Aufruf II

FUgE, Fridays for Future und Parents for Future Hamm sowie LIGA und Fridays for Future Lünen

Das Klimakabinett der Bundesregierung hat im September ein Klimaschutzprogramm für 2030 und ein Klimaschutzgesetz (Kontrollmechanismus zur Einhaltung der nationalen Klimaschutzziele) beschlossen, dass gegenwärtig als „Klimapaket“ diskutiert wird. Die wichtigsten Punkte und ihre Bewertung im Überblick:

## 1. Wirkungsloser CO<sub>2</sub>-Preis

Dem Preis kommt in der Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungswirkung zu. Wir brauchen eine ökologisch wirksame, sozial gerechte und ökonomisch vernünftige CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Diesem Instrument sollte im Klimapaket eine wichtige Bedeutung zukommen.

Der Einstiegspreis liegt bei zehn Euro pro Tonne und führt zu einem Preisanstieg von drei Cent pro Liter Benzin. Ab 2025 kann er auf 35 Euro gesteigert werden. Klimaökonomien halten das für deutlich zu niedrig und unterhalb jeder Lenkungswirkung. Verhaltensänderungen seien nicht zu erwarten. Nach ihrer Meinung müsste der CO<sub>2</sub>-Preis bis spätestens 2030 bei mehr als 100 Euro liegen.

### Unser Standpunkt:

Dem Preis kommt in der Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungswirkung zu. Er hat wirtschaftliche, aber auch soziale und ökologische Belange gleichermaßen zu berücksichtigen. Diesem Aspekt sollte im Klimapaket eine wichtige Bedeutung zukommen. Eine ökologisch wirksame vernünftige CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist mit den Zielen des Klimaschutzprogramms nicht gegeben. Unter Beachtung der Ergebnisse der Klimaökonomien ist der Einstiegspreis pro Tonne gegenüber dem Ergebnis des Klimaschutzprogramms deutlich anzuheben.

## 2. Strengere Kontrolle der CO<sub>2</sub>-Minderung

Das Klimapaket sieht einen Kontrollmechanismus für die Einhaltung der Klimaziele vor. Es sollen Klimaziele für die einzelnen Sektoren wie Verkehr, Gebäude oder Landwirtschaft festgelegt werden, Kontrollen erfolgen, ob die vereinbarten Maßnahmen wirken und ggf. empfindliche Sanktionen festgelegt werden.

### Unser Standpunkt:

In der Vergangenheit wurden Klimaziele z. B. für 2020 mit einem Bedauern für unerreichbar erklärt und keine Maßnahmen veranlasst, die Ziele doch noch zu erreichen. Das wäre möglich gewesen. Die Verbindlichkeit der Umsetzungen muss im Rahmen der Klimagesetzgebung erhöht werden. Es ist darauf zu achten, dass die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zur Einhaltung der Ziele genügend Wirksamkeit entfalten, die eine Unterschreitung der Ziele überhaupt nicht zulassen.

## 3. Stagnierender Ausbau der erneuerbaren Energien

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist das Herzstück jeden Klimaschutzes. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müsste Deutschland bereits 2030 65 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen. Das Management der Bundesregierung hat den Ausbau der erneuerbaren Energien aber fast zum Erliegen gebracht. Der Ausbau von Solaranlagen stockt und Windräder werden so gut wie keine mehr gebaut. Substanzelle Vorschläge für den Ökostrom-Ausbau fehlen.

### Unser Standpunkt:

Die Nutzung von Sonne und Wind als Energiequelle spielt eine tragende Rolle bei der Entwicklung der erneuerbaren Energien hin zu einer wirtschaftlich tragfähigen und klimaverträglichen Energieversorgung. Sonnen- und Windenergie stellen daher auch in Zukunft wichtige strategische Bausteine in der Energie- und Klimapolitik Deutschlands dar.

Zu einem zügigen Ausbau der Sonnen- und Windenergie gibt es in absehbarer Zukunft keine Alternative. Die Politik muss wieder alle Voraussetzung schaffen, dass sich die Bedingungen für einen Ausbau



Großdemo der Fridays for Future am 29. Dezember 2019 in Hamm



Die Kundgebungen werden von vielen Schülern, aber auch Eltern, Großeltern und Wissenschaftlern getragen.

der erneuerbaren Energien wieder wesentlich verbessern.

#### 4. Drohende CO<sub>2</sub>-Lücke im Verkehrsbereich

Rund 20 Prozent der deutschen Treibhausgase werden Jahr für Jahr im Verkehrsbereich produziert. Selbst nach den unzureichenden Klimazielen der Bundesregierung dürften hier im Jahr nur noch 95 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ausgestoßen werden. Gegenwärtig sind die Emissionen immer noch genauso hoch wie 1990. Im Klimapaket der Bundesregierung sind eine Reihe von Maßnahmen zur Senkung der Emissionen im Verkehrsbereich vorgesehen wie z. B. Prämien für den Kauf von Elektroautos, Verteuerung von Flügen, Begünstigung von Bahnfahrten etc.

##### Unser Standpunkt:

Schon jetzt zeichnet sich ab, so urteilen Fachleute, dass die Klimaziele im Verkehrsbereich mit diesem Sammelsurium keineswegs erreicht werden können. Wir fordern daher, weitere Maßnahmen zu beschließen, um einen Ausstoß von 95 Millionen CO<sub>2</sub> pro Jahr in jedem Fall einzuhalten, möglichst aber eine deutliche Unterschreitung dieses Ausstoßes zu erreichen.

#### 5. Keine Umsteuerung auf eine klimagerechte Land- und Forstwirtschaft

Eine wirksame Umsteuerung auf eine ökologische und tiergerechte Landwirtschaft, die sowohl die

Nitratbelastung des Bodens, die Reduzierung der Pestizide und den Produzenten in den Ländern des globalen Südens faire Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglicht, ist nicht erkennbar. Den großen Schäden (Borkenkäfern, Trockenheit, Sturmschäden, Monokulturen) in unseren Wäldern wird nicht mit einem grundlegenden Konzept begegnet.

##### Unser Standpunkt:

Eine wirksame Umsteuerung auf eine ökologische und tiergerechte Landwirtschaft und eine von ökologischen Zielen geleitete Forstwirtschaft, die auf das Sterben der Wälder reagiert, hat bisher nur sehr unzureichend stattgefunden.

Wir fordern von der Politik ein Umdenken mit dem Ziel einer klimagerechten Land- und Forstwirtschaft und die Entwicklung von entsprechenden Konzepten und Maßnahmen.

#### 6. Weiterhin Kohleverbrennung

Neben einer deutlichen Verbesserung und Umsetzung des Klimapakets geht es in den nächsten Jahren vor allem um einen Ausstieg aus der Kohleverbrennung.

##### Unser Standpunkt:

Mit dem Kohleausstieg ist sofort zu beginnen und er sollte 2030 abgeschlossen sein.

#### Fazit

Mit dem Klimapaket erhöht die Regierung den Stellenwert von Kli-

mapolitik in ihrem Handeln. Positiv ist der geplante Kontrollmechanismus zur Einhaltung von Klimaschutzzielen zu bewerten, mit dem die notwendigen, deutlichen Erhöhungen der CO<sub>2</sub>-Preise durchgesetzt werden könnten.

Mit dem Klimapaket kann das Ziel aber keinesfalls erreicht werden, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren. Wir sind der Auffassung „Das reicht nicht!“

#### Wir sind der Auffassung „Das reicht nicht!“

Eine große Mehrheit von Klimawissenschaftlern, Ökonomen und Nachhaltigkeitsforschern kommt zu dem Ergebnis: zu wenig, zu langsam, zu spät; sie sprechen von „klimapolitischer Mutlosigkeit“ und einem klaren „Politikversagen“.

Alleine mit Anreizen und Subventionen wird ein effektiver Klimaschutz nicht zu erreichen sein. Ohne Verbote und Gebote geht es nicht.

Wieder wird das Notwendige zur Bewältigung der Klimakrise nicht getan. Die Folgen dieser Untätigkeit werden wir in Zukunft zu spüren bekommen.

**Nachtrag:** Trotz der Nachbeserung bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung von 10 auf 25 Euro pro Tonne durch den Kompromiss durch den Bundestag und -rat Ende Dezember 2019 reichen alle weiteren Maßnahmen der verschiedenen Sektoren bei weitem nicht aus, um den Klimaschutz in Deutschland effektiv voran zu bringen.



**LIGA**